

Service manual

Kapitel C

Praktische Hilfen für
den Betreuungsalltag

6. Aufgabenkreis Aufenthaltsbestimmung

6.1. Grundsätzliches

Der Aufgabenkreis „Aufenthaltsbestimmung“ umfasst alle Angelegenheiten, die mit dem ständigen oder derzeitigen Aufenthalt (z. B. in der eigenen Wohnung, einem Heim oder im Krankenhaus) des Betreuten verbunden sind.

Dabei hat der Betreuer die **Wünsche des Betreuten** zu berücksichtigen, solange sie seinem Wohl entsprechen.

Besteht ein Einwilligungsvorbehalt, so kann der Betreuer den Aufenthalt des Betreuten bestimmen.

Dies kann sich z. B. beziehen

- auf einen Wechsel des Betreuten aus der eigenen Wohnung in eine stationäre Einrichtung oder
- auf einen kurzfristigen Krankenhausaufenthalt.

Das Aufenthaltsbestimmungsrecht rechtfertigt **keine Freiheitsentziehung** und auch nicht das Recht, den Betreuten mit Zwang oder **gegen seinen Willen** in eine neue Wohnung zu schaffen oder zu bringen.

Eine Veränderung des Aufenthaltes (z. B. im Rahmen einer Unterbringung in eine psychiatrische Einrichtung) des Betreuten gegen seinen Willen ist zulässig, wenn das Aufenthaltsbestimmungsrecht zum Aufgabenkreis des Betreuers gehört und das Vormundschaftsgericht die Unterbringung genehmigt.

Hinweis

Nähere Infos Im Teil C „Gesundheitsfürsorge - genehmigungspflichtige Angelegenheiten“, Seite 48.

Anzeigepflicht

Eine längerfristige oder dauerhafte Veränderung des Aufenthaltes des Betreuten muss durch den Betreuer gegenüber dem Vormundschaftsgericht angezeigt, d. h. mitgeteilt werden.

6.2. Checklisten (für Gespräche mit dem Betreuten)

Grundsätzliches

- Ist der Betreute mit seiner Lebenssituation zufrieden?
- Welche Lebenspläne hat der Betreute?
- Welche Defizite liegen vor?
- Was könnte seine Situation verbessern?
- Welche ambulanten Hilfen werden bereits in Anspruch genommen?
- Welche Kontakte/Beziehungen bestehen zum sozialen Umfeld? (Familie, Freunde, Sonstige)
- Sind im Umfeld weitere Hilfen zu mobilisieren?
- Würde der Betreute bei möglichen Umbaumaßnahmen in der Wohnung bleiben können?
- Wer ist Hausarzt?
- Wer ist Facharzt?
- Welche gesundheitlichen Einschränkungen liegen vor?
- Wie ist der Krankheitsverlauf? (Therapie, Reha-Maßnahmen)
- Welche Diagnosen liegen vor?
- Gibt es umfassende ärztliche Gutachten?
- Welche Krankenkasse? (Mitglieds-Nr., Ansprechpartner)
- Welche Pflegeversicherung? (Mitglieds-Nr., Ansprechpartner)
- Befreiung von der Zuzahlung zu Medikamenten etc.? (Bis wann gültig?)
- Pflegegeld? Pflegestufe? (Evt. Verschlimmerungsantrag?)

Bei notwendiger Unterbringung in einer Einrichtung

- Welche Einrichtung ist geeignet? (Aufnahme beantragen!)
- Wer ist Kostenträger? (Kostenübernahme beantragen!)
- Welche Möglichkeit zu einer selbstbestimmten Lebensführung gibt es für den Betreuten in der Einrichtung?
- Ggf. Wohnungsauflösung (**Genehmigung!!!**)
- Kündigung der Wohnung (**Genehmigung!!!**)

Gespräche mit den behandelnden Ärzten

- Welche Schwierigkeiten gibt es bei der angemessenen Behandlung des Betreuten?
- Hält er Termine zuverlässig ein?
- Welche Behandlungsmöglichkeiten wurden noch nicht genutzt?
- Warum nicht?
- Wie ist die Prognose?
- Ist eine geschlossene Unterbringung notwendig? (**Genehmigung!!!**)
- Ist eine Fixierung notwendig? (**Genehmigung!!!**)
- Welche Hilfsmittel könnten die Beeinträchtigung verringern?
- Ist der Betreute – zeitweilig – einsichtsfähig?

Checkliste zur Aufenthaltsbestimmung

- Ist der Betreute mit seiner Wohnsituation zufrieden?
- Entspricht der derzeitige Aufenthalt des Betreuten seinen Bedürfnissen?
- Ist eine Anmeldung in einem Alten- und Pflegeheim oder einer anderen Einrichtung erforderlich?
- Kann der Alltag für meinen Betreuten (in seiner Wohnung oder im Heim) sinnvoller und zufriedener gestaltet werden?
- Wie kann ich seine Selbständigkeit erhalten oder fördern? Welche Möglichkeiten der Tagesstrukturierung gibt es?

Hinweis:

Nähere Informationen über eine Tagesstrukturierung bzw. Angebote zur Umsetzung finden Sie im Teil B, Seite 6 beschrieben. Adressen und Anschriften finden Sie in dieser Mappe im Teil E.

- Welche ambulanten Dienste können die Umsetzung der genannten Ziele unterstützen?

6.3. Genehmigungspflichtige Angelegenheiten

Eine Unterbringung außerhalb des Haushalts, die mit Freiheitsentziehung verbunden ist, ist nur dann zulässig, wenn der Betreute aufgrund einer psychischen Krankheit oder geistigen oder seelischen Behinderung die Notwendigkeit der Unterbringung nicht erkennen oder nicht nach dieser Einsicht handeln kann (§1906 BGB), und

- aufgrund einer psychischen Krankheit oder geistigen oder seelischen Behinderung bei dem Betreuten die Gefahr einer erheblichen gesundheitlichen Selbstschädigung oder der Selbsttötung besteht, und/oder
- eine Untersuchung des Gesundheitszustandes, eine Heilbehandlung oder ein ärztlicher Eingriff notwendig ist, die ohne die Unterbringung des Betreuten nicht durchgeführt werden können.

Insbesondere benötigt der rechtliche Betreuer die vormundschaftsgerichtliche Genehmigung

- zur Unterbringung des Betreuten in einer geschlossenen Einrichtung (z. B. Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus wegen Selbstgefährdung, oder Untersuchungs- bzw. Behandlungsbedürftigkeit);
- zu unterbringungsähnlichen – freiheitsentziehenden – Maßnahmen, z. B. Bettgitter, Bauchgurte, sedierende Medikamente, komplizierte Türmechanismen usw., wenn diese Maßnahmen über mindestens 2 Tage andauern oder regelmäßig stattfinden;
- zur Kündigung oder Aufgabe des Wohnraumes;
- zur Auflösung des Haushaltes.

Wenn die Genehmigung durch das Vormundschaftsgericht nicht eingeholt werden kann, ist die Unterbringung nur zulässig, wenn mit dem Aufschub Gefahr verbunden ist; die Genehmigung ist unverzüglich nachzuholen!

Hinweis:

Musterschreiben und Vordrucke finden Sie zu diesem Thema in dieser Mappe im Teil C, Seite 62 - 67.

6.4. Wohnungsangelegenheiten (mit Checkliste für zu beachtende Maßnahmen)

Allgemeine Grundsätze

- Die Wohnung stellt den Lebensmittelpunkt eines Menschen dar, und ist daher besonders geschützt (Artikel 10 Grundgesetz).
- Das Betreuungsrecht erkennt den besonderen Schutz der Wohnung ausdrücklich an.
- **Bei drohendem Wohnungsverlust** (z. B. durch die Kündigung des Vermieters oder einer Räumungsklage) muss der Betreuer das Vormundschaftsgericht hierüber **informieren**.

Grundsätze zur Wohnungskündigung

- **Die Kündigung der Wohnung** kann grundsätzlich nur **durch den Betreuten selber** erfolgen. Dies setzt seine Einwilligungsfähigkeit voraus.
- Dem **rechtlichen Betreuer** ist die Kündigung nur dann gestattet, wenn der Betreute nicht über die notwendige Einwilligungsfähigkeit verfügt und das Vormundschaftsgericht die Kündigung zuvor genehmigt hat. Der Antrag auf die Genehmigung ist durch den Betreuer zu stellen.
- Das Vormundschaftsgericht kann einer Kündigung der Wohnung nur zustimmen, wenn die Aufgabe der Wohnung unter Berücksichtigung der Wünsche des Betreuten seinem Wohl entspricht.
- Die persönlichen Auswirkungen auf den Betreuten beim Verlust seines gewohnten sozialen Umfeldes (z. B. Mitbewohner im Mietshaus, direkte Erreichbarkeit von Angehörigen) sind bei der Entscheidung besonders zu berücksichtigen. Finanzielle Aspekte dürfen nicht alleine maßgebend sein.

Checkliste über beachtenswerte Dinge und die zu veranlassenden Maßnahmen

- Wer ist der Vermieter? Sollte dieser über die Einrichtung der rechtlichen Betreuung informiert werden?
- Existiert ein Mietvertrag?
- Welche Rechte und Pflichten ergeben sich daraus?
- Gibt es Probleme, die mit dem Vermieter oder Mitbewohnern zu klären sind?
- Ist die Finanzierung/der Unterhalt der Wohnung gewährleistet?
- Wie hoch sind die Miet- und Nebenkosten?
- Werden Sie regelmäßig beglichen?
- Sollten Stromversorger, Gas und Wasserlieferanten, Telekom oder andere Anbieter oder andere Versorger über die Einrichtung der rechtlichen Betreuung informiert werden?
- Besteht ein Anspruch auf Wohngeld? (Auskunft bei der Stadtverwaltung)

- Welche Renovierungsarbeiten sind erforderlich? Ist der Vermieter möglicherweise leistungspflichtig? Im Pflegefall: Unterstützt die Pflegeversicherung notwendige Umbaumaßnahmen, z. B. im Bad?
- Ist eine andere Wohnung erforderlich oder z. B. aus pflegerischen Gründen sinnvoller?
- Droht ein Wohnungsverlust? (Dann: Vormundschaftsgericht informieren!) Welche Maßnahmen sind zur Sicherung der Wohnung erforderlich? (z. B. Widerspruch gegen eine Kündigung, Räumungsschutzklage)

Checkliste möglicher zu beachtender Maßnahmen für die Auflösung einer Wohnung (z. B. nach einem Umzug in eine stationäre Einrichtung)

- Kündigung nach erfolgter vormundschaftlicher Genehmigung durch den Betreuer
- Rücksprache mit Hausverwaltung bzw. Vermieter wegen Übergabe der Wohnung
- Die Kostenfrage der Räumung (Entsorgung v. Möbeln, Materialien usw.) klären
- Testamente und Schenkungen berücksichtigen
- Bei Kostenübernahme durch das Sozialamt verschiedene Kostenvoranschläge einholen
- Durchführung der nach dem Vertrag verbindlichen Schönheitsreparaturen
- Wohnungsübergabetermin mit Abgabe sämtlicher Schlüssel und Feststellung des Zustandes der Wohnung (Beschädigungen, Stand Öltank, Strom-, Wasser-, Gaszähler festhalten usw.)
- Abrechnung der Kautions besprechen
- Versorgungsunternehmen (Gas, Wasser, Strom) kündigen
- Rundfunk und Fernsehen ab- bzw. ummelden
- Telefon und Internetanschlüsse ab- bzw. ummelden
- Ab- bzw. Ummeldung bei der Meldebehörde
- Einzugsermächtigungen/Daueraufträge für regelmäßige Zahlungen (z. B. Miete) widerrufen
- Postnachsendeantrag stellen
- Abonnements auflösen oder neue Adresse mitteilen
- Wohnortwechsel dem Vormundschaftsgericht und anderen Stellen (Banken, Versicherungen usw.) mitteilen
- Sach- und Haftpflichtversicherungen auf weitere Notwendigkeit überprüfen
- Nachbarn informieren

Hinweis:

Vordrucke und Musterschreiben finden Sie in dieser Mappe im Teil C, Seite 8 - 9 und Seite 62 - 67.

Checkliste möglicher zu beachtender Maßnahmen bei einem UMZUG aus einer Wohnung

- Gewährleistung einer neuen dauerhaften Unterbringung mit vertraglicher Absicherung
- Antrag auf Genehmigung zur Kündigung der Wohnung beim Vormundschaftsgericht stellen
- Erst nach Erhalt der entsprechenden Aufgabenkreise (Aufenthaltsbestimmung, Wohnungsangelegenheiten) bzw. der gerichtlichen Genehmigung Kündigung der Wohnung
- Schriftliche Bestätigung der Kündigung durch den Vermieter und Anfrage, in welchem Zustand die Wohnung übergeben werden kann (renoviert/renovierfähig?)
- Renovierung der Wohnung laut Mietvertrag
- Versorgungsunternehmen (Gas, Wasser, Strom) erst bei Übergabe an den Vermieter – Zählerstandmitteilung auf letzter Rechnung – kündigen bzw. benachrichtigen
- Rundfunk und Fernsehen ab- bzw. ummelden
- Telefon und Internetanschlüsse ab- bzw. ummelden
- Ab- bzw. Ummeldung bei der Meldebehörde
- Einzugsermächtigung/Dauerauftrag für Miete u. a. widerrufen bzw. ändern
- Postnachsendeantrag stellen
- Benachrichtigung Angehöriger, Verwandter und Nachbarn
- Schlussrechnung und Kündigungsbestätigung fordern
- Abonnements neue Adresse mitteilen
- Wohnortwechsel (neue Adresse) dem Vormundschaftsgericht und anderen Stellen (Banken, Versicherungen usw.) mitteilen
- Sach- und Haftpflichtversicherungen überprüfen
- Wohnungsübergabe an Vermieter und Schlüsselübergabe quittieren lassen

Hinweis:

Vordrucke und Musterschreiben finden Sie in dieser Mappe im Teil C, Seite 62 - 67.

6.5. Kopiervorlagen/Vordrucke



- **Antrag auf Kündigung / Auflösung der Wohnung**
- **Kündigung der Mietwohnung**
- **Antrag auf Genehmigung der Weitervermietung/Verkauf von Wohneigentum**
- **Anzeige der neuen Wohnung beim Vormundschaftsgericht**
- **Antrag auf eine unterbringungsähnliche Maßnahme**
- **Antrag auf eine geschlossene Unterbringung**

Absender

An das
Amtsgericht

Datum

Antrag auf die Genehmigung zur Kündigung der Wohnung / Auflösung der WohnungBetreuung für

 geb.

wohnhafte

Ihr Geschäftszeichen

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit beantrage ich die vormundschaftsgerichtliche Genehmigung zur Kündigung der o. g. Wohnung gem.

§ 1907 BGB zum

 /Haushaltsauflösung der Wohnung meines/r Betreuten in

 (Ort),

 (Straße).**Gründe für die Kündigung** (z. B. hohe Pflegebedürftigkeit, Verwirrtheit, Desorientierung, starke Gefühle der Vereinsamung, Verwahrlosung):

Der Gesundheitszustand von Frau/Herrn

 wird sich nicht mehr ändern.

Ambulante Hilfen reichen für die Versorgung nicht (mehr) aus, daher ist eine Rückkehr/der Verbleib in der Wohnung nicht mehr möglich.

Zum

 wurde ein Platz in der Einrichtung:

gefunden. Frau/Herr

 wird mit Datum vom

 dort einziehen.

Eine ärztliche Notwendigkeitsbescheinigung liegt dem Antrag ggf. bei.

Mit freundlichen Grüßen

Unterschrift Betreuer/in

Absender

An das
Amtsgericht

Datum _____

Antrag auf die Genehmigung zur Weitervermietung des Wohneigentums des/der Betreuten zum Verkauf des Wohneigentums des/der Betreuten

Frau/Herr _____ geb. _____

wohnhaft _____

Ihr Geschäftszeichen _____

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit beantrage ich die vormundschaftsgerichtliche Genehmigung zur Weitervermietung/zum Verkauf des Wohneigentums meines/r Betreuten in _____ (Ort),
 _____ (Straße).

Gründe für den Antrag (z.B. hohe Pflegebedürftigkeit, Verwirrtheit, Desorientierung, starke Gefühle der Vereinsamung, Verwahrlosung): _____

Der Gesundheitszustand von Frau/Herr _____ wird sich nicht mehr ändern. Ambulante Hilfen reichen für die Versorgung nicht (mehr) aus, daher ist eine Rückkehr/der Verbleib in der Wohnung nicht mehr möglich.

Zum _____ wurde ein Platz in der Einrichtung: _____ gefunden. Frau/Herr _____ wird mit Datum vom _____ dort einziehen.

Eine ärztliche Notwendigkeitsbescheinigung liegt dem Antrag ggf. bei.

Mit freundlichen Grüßen

 Unterschrift Betreuer/in

Absender

An das
Amtsgericht

Datum _____

Kündigung der Mietwohnung von

Frau/Herrn _____ **geb.** _____

wohnhaft _____

Ihr Geschäftszeichen _____

Sehr geehrte Damen und Herren,

vom Amtsgericht _____

bin ich zur/zum Betreuer/in für Frau/Herrn _____
bestellt worden.

Mit Beschluss vom _____ hat das Amtsgericht die Genehmigung zur Kündigung der Wohnung erteilt. Eine Kopie meiner Bestellsurkunde und der Genehmigung zur Kündigung der Wohnung liegt diesem Schreiben bei.

Das Mietverhältnis kündige ich somit fristgerecht zum _____ .

Ich bitte Sie, mir eine Bestätigung der Kündigung zu senden.

Mit freundlichen Grüßen

Unterschrift Betreuer/in

Absender

An das
Amtsgericht

Datum

Betreuung für

 geb.

wohnhaft

Ihr Geschäftszeichen

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herr/Frau

muss die gemietete Wohnung in

 aufgeben.
 Die Größe der Wohnung und die Höhe des Mietzinses überschreiten langfristig die finanziellen Möglichkeiten des/der Betreuten.

 Eine für die/den Betreuten angemessene Wohnung in

 wurde bereits gefunden.

(genaue Anschrift und Größe angeben)

Ich beantrage deshalb die Kündigung der bisherigen Wohnung des/der Betreuten vormundschaftsgerichtlich zu genehmigen.

 Den in Aussicht genommenen Mietvertrag für die neue Wohnung lege ich ebenfalls zur Genehmigung vor.

 Der/die Betreute ist nicht einwilligungsfähig

Mit freundlichen Grüßen

 Unterschrift Betreuer/in

Absender

An das
Amtsgericht

Datum

Betreuung für

 geb.

wohnhaft

Ihr Geschäftszeichen

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Betreuer/in rege ich an, gem. §1906 Abs. 4 BGB, folgende unterbringungsähnliche Maßnahme zu genehmigen:

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Bettgitter | <input type="checkbox"/> ruhigstellende Medikamente |
| <input type="checkbox"/> Bauchgurt im Bett | <input type="checkbox"/> Fixierung der Extremitäten |
| <input type="checkbox"/> Gurt am Stuhl | <input type="checkbox"/> Transponder |
| <input type="checkbox"/> Tisch/Brett am Stuhl (Therapiestuhl) | <input type="checkbox"/> <hr/> |

Die Maßnahme ist erforderlich

- täglich in der Zeit von

 Uhr bis

 Uhr
- ständig
- nur bei besonderen Unruhezuständen

Begründung (ist die Maßnahme verhältnismäßig, gib es Alternativen?):

- Eine ärztliche Stellungnahme, aus der sich die Notwendigkeit der Maßnahme aus medizinischer Sicht und die vorliegende psychische Erkrankung ergibt, liegt bei.

Mit freundlichen Grüßen

 Unterschrift Betreuer/in

Absender

An das
Amtsgericht

Datum _____

Betreuung für _____ **geb.** _____

wohnhaft _____

Ihr Geschäftszeichen _____

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Betreuer/in rege ich an, gem. §1906 BGB die geschlossene Unterbringung für

Herrn/Frau _____, geb. _____

in folgender Einrichtung oder Klinik _____
vormundschaftsgerichtlich zu genehmigen.

Begründung: _____

- Eine ärztliche Stellungnahme zur Notwendigkeit der Unterbringung aus medizinischer Sicht und zur vorliegenden psychischen Erkrankung liegt bei.
- Bei der Zuführung zur Unterbringung muss von der zuständige Betreuungsbehörde bzw der Polizei möglicherweise Zwang angewendet werden. Der Zutritt zur Wohnung wird von der/dem Betreuten u. U. verweigert. Dies bitte ich bei der Beschlussfassung zu berücksichtigen.
- Ich werde bei der zuständigen Behörde um Unterstützung bei der Durchführung der Unterbringung nachsuchen.

Mit freundlichen Grüßen

Unterschrift Betreuer/in